

Stellungnahme

Als das Internet noch in den Kinderschuhen steckte, dachten viele, neben der alten Welt würde eine neue ideale digitale entstehen. Und noch heute gibt es diesen Traum. Aber aus der Sicht von Kindern und Jugendlichen ist die digitale Welt ganz und gar nicht ideal.

Wie sähe sie aus, diese ideale Welt im Internet?

Aus unserer Sicht bekämen in einer idealen Welt Kinder und Jugendliche einen sicheren und fairen Zugang zu den Sozialen Medien. Ihre Meinung würde von Politik und Gesellschaft wahr- und ernstgenommen. Insgesamt würden die Sozialen Medien als demokratische Plattformen für fairen Austausch sowie als Ermöglicher von Vernetzung und Bildung agieren – und von Gesellschaft und Politik auch so verstanden. Junge Menschen wären im digitalen Raum ausreichend geschützt, um sich positiv entwickeln zu können und würden über genug Informations- und Nachrichtenkompetenz verfügen, um sich etwaigen Phänomenen zu stellen und die Plattformen gesund und gewinnbringend zu nutzen. Sollten sie mit Inhalten, mit denen sie konfrontiert sind, nicht alleine zurechtkommen, wüssten sie, dass sie sich bei den Eltern, in der Schule und in Jugendfreizeiteinrichtungen Hilfe holen könnten.

Diese Idealvorstellung scheint derzeit weit entfernt zu sein, aber sie ist auf keinen Fall unerreichbar. Momentan sieht die Situation aus Sicht junger Menschen allerdings eher folgendermaßen aus: Die großen Plattformen sind ein ständiger Begleiter. Mit ihrer Nutzung geht ein hohes Suchtpotenzial einher; und fast immer verfügen Kinder und Jugendliche nicht über die nötige Medienbildung, um mit Social Media angemessen umgehen zu können.

1. Die Plattformen müssen im Interesse von Kindern und Jugendlichen agieren

Wenn wir über die Chancen, aber auch die Gefahren von Social Media reden, fällt das Auge ohne Zweifel auf die Plattformen; nehmen wir das wichtige und vieldiskutierte Thema der Social Media-Sucht: Die Antreiber einer solchen Sucht sind vielfältig. Das funktioniert über den Algorithmus, über »Streaks« und »Pay to win«, also Anreize zum »Doomscrolling« auf endlosen Feeds. Diese sogenannten »Dark Patterns« sind aus unserer Sicht problematisch, und es gilt zu schauen, wie sie rechtlich zu bewerten sind. Der Suchtgefahr, die von diesen Mechanismen ausgeht, entkommt man auch nicht zwingend mit dem Erwachsensein. Im Gegenteil: Auch viele Erwachsene berichten bei sich selbst von problematischem Nutzungsverhalten. Würde man diese »Dark Patterns« genauer unter die Lupe nehmen, wäre wohl allen Nutzer:innen geholfen.

Ebenfalls sollten die Plattformen bei Schutzmaßnahmen mitwirken. Zum einen kann eine Schätzung des Alters der Nutzenden, etwa auf Grundlage der gesichteten Inhalte oder von Fotos, eine bessere Anpassung der ausgespielten Inhalte ermöglichen. Wichtig dabei ist, dass dies datenschutzkonform passiert und nicht leicht umgangen werden kann. So könnten

potenziell traumatisierende und problematische Inhalte von Kindern und Jugendlichen ferngehalten werden.

Außerdem halten wir es als Grundlage für sämtliche Interventionsmaßnahmen für absolut notwendig, die Meldemechanismen sozialer Medien für rechtswidrige und bzw. oder gegen die Inhaltsbeschränkungen verstoßende Beiträge der Nutzenden niedrigschwelliger zu gestalten, etwa durch die Einführung einer generellen Meldeoption für »Verstoß gegen AGBs«. Diese kann benutzt werden, wenn Nutzende sich unsicher sind, in welche Kategorie der Verstoß passt. So würden die Sozialen Medien langfristig zu einem besseren und sichereren Ort für Kinder und Jugendliche. Die Plattformen können und müssen, vor allem im Zeitalter von KI, unserer Meinung nach in der Lage sein, diese Anforderungen technisch zufriedenstellend umzusetzen.

2. Social Media-Verbot? – Ja, aber richtig!

In der heutigen Welt sind wir mit Problemen konfrontiert, die es in der vor-digitalen Welt nicht gab: Kinder und Jugendliche sind von Cybergrooming und Cybermobbing bedroht und haben häufig eine an Sucht grenzende Beziehung zu Social Media. Da scheint es die schnellste und einfachste Lösung zu sein, den Zugang zu den bekanntesten Plattformen bis zu einem bestimmten Alter schlicht zu verbieten. Die Idee ist: Die Kinder wachsen ohne Smartphone und Dauerbeschallung auf, sitzen ruhig im Restaurant und malen oder lesen ein Pixi-Buch in der Bahn. Wenn sie dann älter sind, konzentrieren sie sich auf die Schule und gehen nachmittags zum Sport.

Wir – Jugendrat der mabb – stimmen einem Social Media-Verbot unter bestimmten Bedingungen zu. Bei dieser Debatte wird derzeit häufig eine Altersgrenze von 16 Jahren genannt. Dieses Alter halten wir aber für zu hoch, um die Jugendlichen so lange aus dem digital stattfindenden sozialen Leben herauszuhalten. Und vor allem nutzen Jugendliche die Plattformen heutzutage nicht nur, um endlos zu scrollen, sondern auch um Lernvideos vor der Klausur anzuschauen, ihr Ehrenamt zu organisieren oder um Information zu oder Ablenkung von den Nachrichten der Welt zu erhalten. Außerdem bilden sich Identitäten im Teenageralter besonders intensiv aus, und es werden viele Freundschaften digital geknüpft. Politische Partizipation gewinnt ebenso, anders als bei jüngeren Kindern, erheblich an Bedeutung. Ein zu weitreichendes Verbot würde Teenagern somit ein bedeutendes Forum für Vernetzung und persönliche Entwicklung vorenthalten.

Stattdessen plädieren wir für das Verbot von eigenen Social Media-Accounts für Menschen unter 13 Jahren. In vielen plattformeigenen AGBs ist schließlich schon jetzt festgeschrieben, dass ihre Dienste für Kinder unter 13 Jahren nicht geeignet seien. Eine solche Beschränkung soll sicherstellen, dass Kinder weitestgehend ohne die Nutzung von Social Media aufwachsen. Nur leider halten sich offenbar die Plattformen nicht an ihre eigenen Richtlinien – oder wie kann man sonst erklären, dass offenkundig viele Kinder und Jugendliche schon bevor sie 13

Jahre alt sind, auf Social Media unterwegs sind?! Und wenn das eben nicht von selbst geht, muss der Gesetzgeber nachhelfen. Wohlgemerkt: Die von uns geforderte Beschränkung verbietet aber gezielt nur eigene Accounts. Es geht nicht darum, dass Kinder unter 13 nie Inhalte der Sozialen Medien sehen sollen. Das Anschauen eines Lernvideos auf YouTube in der Schule oder mit den Eltern kann auch sehr hilfreich sein. Das Problem besteht in der zu früh zu ausgeprägten und unkontrollierten Nutzung eigener Accounts.

Trotzdem: Medienkompetenz erwirbt man nicht durch das Auspusten einer Kerze zum 13. oder 16. Geburtstag – eine Altersgrenze bei Social Media kann also nur ein Schritt sein.

Junge Menschen müssen, was die Risiken der Nutzung von Social Media betrifft, ein eigenes Problembewusstsein ausbilden. Erst diese Selbstreflektion schafft die Grundlage für die Akzeptanz eines Verbots durch die Jugendlichen. Daher muss Informations- und Nachrichtenkompetenz weiter gefördert werden, um Kinder und Jugendliche präventiv angemessen für die Nutzung von Social Media zu schulen. Wir nehmen wahr, dass diesbezüglich schon ergriffene Maßnahmen offenbar unzureichend sind, besonders da die von künstlicher Intelligenz erstellten Inhalte einen zunehmend größer werdenden Teil der Plattformen fluten und das Internet wie nie zuvor für Manipulation instrumentalisiert wird.

3. Wir brauchen eine bessere Medienbildung an Schulen, aber auch darüber hinaus.

Kinder und Jugendliche verbringen einen Großteil ihres Tages an Schulen, was sie als Institutionen für die breite Vermittlung von Kompetenzen im digitalen Bereich unabdingbar macht.

Wir wünschen uns deshalb eine Ergänzung der im Schulunterricht vermittelten Inhalte um konkrete Themenbereiche der Medienkompetenz, die idealerweise direkt in die bereits existierenden Fachbereiche integriert werden. So könnte man zum Beispiel die Themen Desinformation und KI in den Geschichtsunterricht einbinden. Außerdem würden wir die Bereitstellung von dauerhaften medienpädagogisch geschulten Ansprechpartner:innen an Schulen sehr begrüßen: Warum gibt es eigentlich einen Brandschutzbeauftragten an jeder Schule, aber keinen Cyber- oder Medienbeauftragten? Sie würden eine wichtige niedrigschwellige Möglichkeit für Schüler:innen darstellen, um sich Hilfe bei Belastungen in der digitalen Welt zu holen.

Trotz dieser aus unserer Sicht wichtigen Änderungen ist es unserer Überzeugung nach unzureichend, unser überbelastetes Bildungssystem mit dieser Herausforderung allein zu lassen. Die Aufgabe, Kinder und Jugendliche auf den Zugang zur digitalen Welt vorzubereiten muss auf so vielen Schultern wie möglich verteilt und in den Alltag integriert werden. So wäre es zum Beispiel angebracht, Aufklärungskampagnen auch an Orten des sozialen Lebens und der Freizeitgestaltung wie Sportvereinen oder Jugendzentren zu unterstützen. Dies halten wir für erfolgversprechend, da es dort Vertrauenspersonen sind, die dieser Altersgruppe die Inhalte vermitteln und dadurch viele Kinder und Jugendliche wirklich erreicht würden.

Abgesehen davon halten wir es für essenziell, gerade die Eltern ausreichend für die Auswirkungen des eigenen Internetzugangs auf ihre Kinder zu sensibilisieren und sie zu schulen, eine verantwortungsvolle Umgangsweise zu vermitteln.

4. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen in der digitalen Welt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe
--

Sämtliche der oben genannten Vorschläge dienen dem Ziel, Kindern und Jugendlichen jene Kompetenzen zu vermitteln, die sie benötigen, um sich angemessen und vor allem sicher und verantwortungsvoll in der digitalen Welt bewegen. Außerdem muss es darum gehen, Plattformen besser zu regulieren, um ein sicheres Umfeld für eine solche Nutzung zu garantieren.

Wir möchten, dass Kinder und Jugendliche von ihrem Umfeld, der Schule, den Orten der Freizeitgestaltung und den Anbietern digitaler Dienste das Gefühl von Selbstwirksamkeit vermittelt bekommen, ebenso wie das Wissen, dass und wo sie sich Hilfe holen können. Über die Medienbildung hinaus wollen wir, dass eine sichere Gestaltung des digitalen Raums auch seitens der Plattformanbieter gewährleistet wird, etwa durch den Abbau von Hürden zur Meldung kritischer Inhalte seitens der Anbieter digitaler Dienste; auch könnten die Plattformen den Schutz kreativer gestalten, etwa mit graphischen und klaren Hinweistafeln vor dem Zeigen kleiner Kinder. Ein chancengerechter und fairer Zugang für Kinder und Jugendliche besteht für uns aus vielen Komponenten. Darunter fallen Maßnahmen wie ein Social Media-Verbot für unter 13-Jährige, aber auch die Vermittlung von Informations- und Nachrichtenkompetenz im Elternhaus, der Schule und anderen Orten des gesellschaftlichen Lebens.

In einer idealen Welt sind Kinder und Jugendliche kompetent im Umgang mit den Inhalten der Social Media-Plattformen, sie wachsen erstmal ohne eigene Accounts und ohne Mediensucht auf, und die Gesellschaft bietet ihnen genügend attraktive analoge Orte, um ihre Freizeit nicht permanent scrollend am Smartphone zu verbringen.